

Dem Irrwitz ein Ende setzen

Österreich: Widerstand gegen Google-Rechenzentrum im Bau. Immenser Energieverbrauch und Komplizenschaft mit Israel am Pranger

Von Anselm Schindler

Die Bagger rollen bereits seit April: Am Sonntag morgen besetzten Aktivistinnen und Aktivisten das Dach des geplanten Google-Rechenzentrums im oberösterreichischen Kronstorf. Es gelang ihnen, ein meterlanges Banner vom Dach abzurollen, während vor dem Gelände eine spontane Kundgebung von der Initiative »Rechenzentren? Nein danke!« stattfand. Sie fordert einen sofortigen Baustopp. Angesichts der brutalen Folgen der Klimakrise »können wir uns keine Hyperscaler mit irrwitzigem Energie- und Bodenverbrauch leisten«, hieß es dazu in einer Presseaussendung. Nach Angaben der Initiative könnte das geplante Rechenzentrum mehr Strom benötigen als sämtliche Privathaushalte des Bundeslandes Oberösterreich zusammen. Heikel ist auch der Wasserverbrauch: Für die Kühlung der Server sollen täglich bis zu 17,5 Millionen Liter Wasser benötigt werden.

Im Juli kündigte der US-Techkonzern an, die Anlage noch größer als vorerst angekündigt errichten zu wollen – geht es nach Google, soll in der Marktgemeinde, die südöstlich von Linz an der Enns liegt, auf rund 50 Hektar eines der größten Rechenzentren Europas entstehen. Das von der rechten Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geführte Land Oberösterreich und der Konzern stellen das Projekt als wichtigen Impuls für den Wirtschaftsstandort dar. Kritiker halten dagegen: In den vergangenen Monaten protestierten vor der Baustelle immer wieder diverse Organisationen, darunter die österreichische Umwelt- und Klimaorganisation Global 2000, Fridays for Future und das Netzwerk ATTAC. [Eine von der österreichischen Kampagnenorganisation »#aufstehn« initiierte Petition](#), die eine öffentliche und unabhängige Gesamtprüfung des Projektkomplexes fordert, unterzeichneten bis dato knapp 60.000 Menschen.

Die Initiative »Rechenzentren? Nein danke!« fordert ebenfalls Transparenz ein, konkret Baupläne und Einblicke in die vorgesehene Nutzung des Rechenzentrums. Damit zielt sie vor allem auf Militär- und Überwachungstechnologien, für die zunehmend sogenannte künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen eingesetzt werden. Technologie dürfe nicht für Völkermord, Besatzung und Apartheid eingesetzt werden, heißt es dazu von der Aktivistengruppe, die damit auch auf den Einsatz von Google-Software beim Genozid in Gaza anspielt. Google schloss bereits 2021 einen Milliardenvertrag mit der israelischen Regierung ab. »Nimbus« heißt das Projekt, an dem auch Amazon beteiligt ist. Recherchen des israelisch-palästinensischen Onlinemagazins +972 und weiterer Medien legen nahe, dass

die Infrastruktur des Projekts eine zentrale Funktion im Feldzug gegen die palästinensische Enklave hat.

Kritik am Megaprojekt in Kronstorf kommt derweil auch von der Kommunistischen Partei Österreichs, die auf die sozialen Folgen eines Rechenzentrums aufmerksam macht. Die Partei nimmt dabei in einer Stellungnahme auf das Negativbeispiel Irland Bezug. Dort sind die Stromkosten von Privathaushalten in den vergangenen Jahren explodiert, da die aktuell 121 laufenden Rechenzentren allein 22 Prozent der nationalen Strommenge verbrauchen. Dadurch steigt wiederum die Abhängigkeit von fossilen Gas- oder Kohlekraftwerken. Und während Großkonzerne für den Betrieb der Rechenzentren dank gesonderter Verträge weiterhin günstigen Strom beziehen, geben die Energieversorger die Preiserhöhungen direkt an die Kunden weiter.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528852.österreich-dem-irrwitz-ein-ende-setzen.html>